

Arbeit und Einkommen – ein Menschenrecht !

Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit und Einkommen. Gerade in Zeiten von struktureller Massenarbeitslosigkeit ist Arbeitslosigkeit keine Frage von individueller Unzulänglichkeit. Es liegt in der Verantwortung der Gesellschaft, Beschäftigung für alle zu gewährleisten. Wenn der Markt dies nicht leistet, ist die Politik gefragt. Aktive Beschäftigungspolitik, Arbeitszeitverkürzung, humane Arbeitsbedingungen, gute Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung gehören ebenso dazu, wie Qualifikationsangebote und bedarfsgerechte Lohnersatzleistungen. Unterschiedliche Lebenslagen, biographische Phasen, Voraussetzungen und Fähigkeiten erfordern unterschiedliche Arbeitsangebote. Gemeinnützige Aufgaben, die keine staatlichen Regelaufgaben sind und die zu Marktpreisen häufig nicht zu bezahlen sind, stellen einen Bereich von Arbeit dar, der sich mit öffentlicher Beschäftigungspolitik gut und sinnvoll wahrnehmen lässt.

Von all dem sind wir weit entfernt.

Hartz-Gesetze und Agenda 2010 kennen nur eine Philosophie: Wer trotz Massenarbeitslosigkeit keinen Job findet, ist selber schuld. Arbeitslosigkeit soll dadurch bekämpft werden, dass man dem faulen Hasen Beine macht, damit er Arbeit zu jeder Bedingung und zu jedem Preis annimmt.

Der Bankrott der Agenda-Politik

Der Bankrott der Agenda-Politik ist inzwischen unübersehbar. Die Senkung der Lohnersatzleistungen auf das Existenzminimum („Hartz IV“) hat dazu beigetragen, dass sich ein immer größerer Niedriglohnsektor aufbaut. Viele verdienen dort so wenig, dass sie trotz Arbeit zusätzliche Hilfen zum Lebensunterhalt beantragen müssen. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts und der Arbeitsbedingungen hatten zum Ergebnis, dass aus der Arbeitslosigkeit häufig kein Weg mehr zurück ins Normalarbeitsverhältnis führt. Stattdessen führt der Weg in die Armut – mal mit, mal ohne Arbeit, aber zunehmend ohne Perspektive.

Der neoliberale Zirkel des Ausschlusses bekämpft strukturelle Arbeitslosigkeit nicht. Er soll sie nur verbilligen. Die heutigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind so schlecht, dass sie weit hinter den Ein-Euro-Job zurückfallen!

Die neoliberale Beschäftigungspolitik, die von Rot-Grün begonnen wurde und von der Großen Koalition fortgesetzt wird, setzt vor allem auf Sanktionen. Arbeitslosigkeit wird zu einem Zustand der Würdelosigkeit und der Rechtlosigkeit.

Der Satz der Arbeitslosenversicherung ist auf weniger als die Hälfte gefallen. Obwohl aktive Beschäftigungspolitik wichtiger wäre denn je, findet sie immer weniger statt.

Beschäftigungspolitik in Bremen – wo es überall brennt

- ↓ Wer im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) eine Stelle bekommt, dessen Lohn liegt häufig unter dem Existenzminimum. Der Tarif der Beschäftigungsträger (VBB-Tarif) ist so schlecht, dass viele in Maßnahmen Beschäftigte ergänzende Hilfen zum Unterhalt beziehen müssen und sich deutlich schlechter stehen, als mit einem Ein-Euro-Job!
- ↓ Viele Stellen im BAP werden nicht besetzt, weil die Zugangsbestimmungen extrem restriktiv sind. Z.B. müssen für BEZ-Stellen (Bundesergänzungs-Zuweisungen) drei Vermittlungshemmnisse vorliegen. Qualifizierte Arbeitslose haben kaum noch eine Chance, in eine Maßnahme zu kommen.
- ↓ Häufig werden öffentliche Regelaufgaben durch beschäftigungspolitische Maßnahmen wahrgenommen. Das galt für die Zweitkräfte in den KiTas, das gilt heute für viele Initiativen und Träger, die Beratungsarbeit machen, soziokulturelle Projekte durchführen etc. Da sich beschäftigungspolitische Maßnahmen aber nur noch an extrem „arbeitsmarktferne“ Schichten richten, bekommen die Träger keine qualifizierten und erfahrenen Kräfte mehr. Strukturen brechen zusammen, gerade in den sozial besonders betroffenen Stadtteilen.
- ↓ Weiterbildungsträger werden durch den bundesweiten Dumping-Wettbewerb verdrängt.

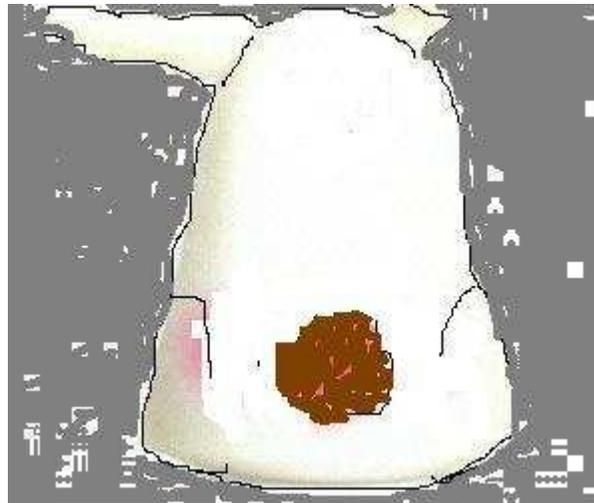
Die „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“

Zum 1.1.2009 soll die „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ in Kraft treten. Folgende Verschärfungen sind geplant:

- ↓ Keine ABM-Stellen mehr für ALG-II-EmpfängerInnen !
- ↓ Auch Maßnahmen nach der Entgelt-Variante sind künftig von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen. Damit werden in keiner beschäftigungspolitischen Maßnahme mehr Ansprüche auf ALG I erworben !
- ↓ Eingliederungsvereinbarungen können zwar nicht mehr erzwungen werden, aber durch einen entsprechenden Verwaltungsakt ersetzt werden !
- ↓ Widersprüche gegen Sanktionen (Verweigerung von Leistungen) haben keine aufschiebende Wirkung mehr !
- ↓ Die Sonstigen Weiteren Leistungen (SWL) werden abgeschafft !
- ↓ Das Instrument der Jobrotation fällt weg !
- ↓ Maßnahmen der Berufsvorbereitenden Bildung werden künftig von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zentral ausgeschrieben und vergeben (maximaler Wettbewerb) !

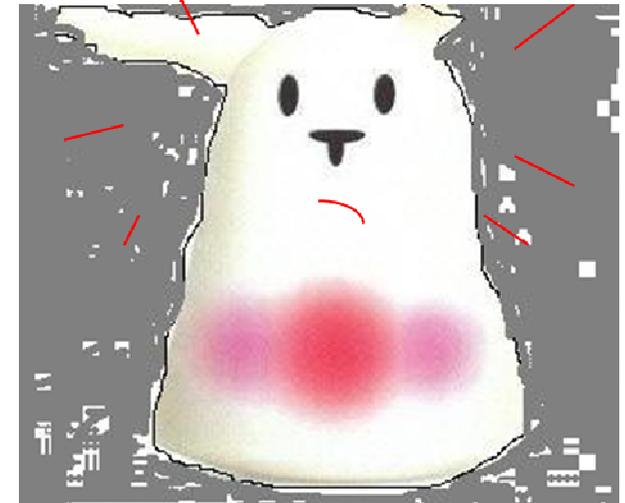
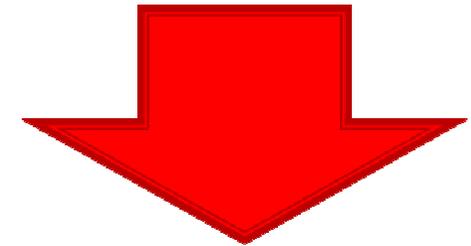
Eine ausführliche Einschätzung zum Referentenentwurf „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ findet sich auf der Website unter:

http://www.linksfraktion-bremen.de/themen_dokumente/linke_standpunkte/drueckt_den_hasen/



DIE LINKE.
Fraktion in der Bremischen
Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen
V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt
www.linksfraktion-bremen.de



„Den Hasen drücken“

Beschäftigungspolitik in Bremen und
die „Neuausrichtung der
arbeitsmarktpolitischen Instrumente“

DIE LINKE.
Fraktion in der Bremischen
Bürgerschaft